

# Geld-Kuverts zum Dessert

VON DANNY LEDER, PARIS

Als „Nervenbündel“ – so wurde Nicolas Sarkozy schon bisher von Anhängern und Gegnern, Mitarbeitern und ausländischen Staatsmännern empfunden (der russische Präsident Dimitri Medwedew verglich sogar vor Vertrauten Sarkozy mit einem „mit Kokain aufgeladenen Häschen“). Jetzt aber dürfte eine Steigerungsstufe erreicht sein. Das Pariser Blatt „*Figaro*“, Sarkozy eigentlich stets gewogen, zitiert einen Gefährten des Staatschefs: „Ich habe Sarkozy selten noch in einem derartig nervösen Zustand erlebt“.

Dabei wird der französische Präsident enorme Beherrschung aufbringen müssen, wenn er bei einem allseits erwarteten TV-Auftritt in den nächsten Tagen wieder Trittsicherheit gewinnen will. Die Chancen dafür stehen nach den jüngsten Enthüllungen schlecht: am Dienstag wurde eine bei der Polizei registrierte Zeugenaussage bekannt, wonach sowohl der Parteikassier der UMP (die Regierungspartei von Sarkozy), Eric Woerth, als auch Sarkozy persönlich illegale Bargeld-Spenden von der Milliardärin Liliane Bettencourt entgegen nahmen.

Die Zeugin, Ex-Buchhalterin von Bettencourt, gab zu Protokoll, dass sie im März 2007 eine Spende von 150.000 Euro für die Präsidentschaftskampagne von Sarkozy vorbereiten musste, die Woerth überbracht wurde, wobei 100.000 Euro aus einem illegalen Schweizer Konto herbeigeschafft werden mussten. Zuvor, als Sarkozy als Bürgermeister des Pariser Nobelvororts Neuilly amtierte (1983-2002), war er bei Bettencourt regelmäßig zum Speisen geladen. „Ich musste vor dem Essen das Kuvert bringen, mit dem er dann wegging. Er und die anderen“, erklärte die Buchhalterin.

Denn die Familie Bettencourt, Mehrheitseignerin des Kosmetikkonzerns „*L’Oreal*“, spendete für etliche bürgerliche Politiker. Und auch die Sozialisten hatten nachweislich bis in die 1990er Jahre ihre illegalen Finanzierungsmethoden, weswegen Sarkozys frühe Verwicklung in solche Spendenaffären kaum schockiert. Ab 1995 aber wurden klare Gesetzesregeln über Parteienfinanzierung beschlossen. Umso schwerer wiegt die Entgegennahme von Schwarzgeldern für Sarkozys Wahlkampagne von 2007.

Vor allem aber ernannte Sarkozy nach seinem Wahlsieg seinen Parteikassier Woerth zum Budgetminister, der die Steuerbehörden leitete. Woerth, heute Arbeitsminister, ist noch immer Parteikassier und blieb bis März Budgetminister.

Als Parteikassier war Woerth nach Genf gereist, um unter französischen Milliardären, die sich aus steuerlichen Gründen ins Ausland abgesetzt hatten, Spenden zu sammeln. In Paris leitete er einen Klub, dem die reichsten Spender angehörten. Gelegentlich trat dort auch Sarkozy auf, zuletzt im Dezember, mit dem Versprechen abzulegen, er werde „niemals“ den von ihm eingeführten so genannten „Steurschutzschild“ (eine Begrenzung der Vermögenssteuer) abschaffen.

Als Budgetminister drohte Woerth hingegen mit schweren Strafen für vermögende Steuerhinterzieher, sollten diese ihre Auslandsbesitztümer nicht deklarieren.

Aber gegenüber Bettencourt, der vermögenden französischen Bürgerin, zeigte sich die Steuerbehörde unter Woerth nachsichtig. Obwohl durch einen Familienzweist nicht versteuertes Auslandsvermögen von Bettencourt gerichtsbekannt wurde, gab es keine Prüfung des Fiskus. Hingegen wurde die Frau von Minister Woerth im Vermögensverwalterteam von Bettencourt angestellt, was zur Folge hatte dass Madame Woerth sich auch im Auftrag von Bettencourt in der Schweiz betätigte. Der Minister verlieh wiederum dem Chef des Vermögensverwaltungsbüros, also dem Chef seiner, einen Orden.

Es ist diese Unverschämtheit, die den Weiterbestand von Woerth als Arbeitsminister undenkbar macht, zumal er als Träger der Reform des französischen Rentensystems den Gewerkschaften einschneidende Zugeständnisse abringen sollte. Trotzdem wollte Sarkozy seinen Arbeitsminister halten: „Er ist unser Brückenkopf, er darf nicht fallen“, hatte der Präsident ursprünglich im engen Kreis beteuert. Jetzt beknen die Präsidentenberater den demoralisierten Arbeitsminister, er möge „wenigstens noch eine Woche durchhalten“ – um Sarkozy den Gesichtsverlust einer überhasteten und erzwungenen Demission seines Ministers zu vermeiden.

## Die Opposition fordert eine „Klärung“

64 Prozent der Franzosen stimmen laut jüngster Umfrage der Behauptung zu: „Die Spitzenpolitiker sind eher korrupt“. Nur 29 Prozent halten sie für „eher ehrlich“. Dieses niederschmetternde Stimmungsbild belastet auch die sozialistische Opposition, die einen Anstieg der Rechtspartei „*Front national*“ und der Wahlenthaltung befürchtet. Bei der SP fallen die Skandale der Vergangenheit, vor allem unter dem einzigen SP-Staatschef, Francois Mitterrand, ins Gewicht.

Insofern haben sich die SP-Spitzen bei Beginn der Affären der bürgerlichen Staatsführung eher vorsichtig verhalten. Obwohl Sarkozy am Dienstag wieder von einer „Schmutzkampagne“ sprach, für die er die Linksopposition verantwortlich macht, sind die treibenden Kräfte bei den Enthüllungen die Medien.

**MADOFF** Allerdings hat die SP-Vorsitzende Martine Aubry den Staatschef schon mal mit dem US-Betrüger Bernard Madoff verglichen: „Wenn sich Sarkozy angesichts der Staatschuld Frankreichs als Sparmeister präsentiert, ist das wie wenn Madoff Nachhilfe in Buchhaltung gibt“. Ihre Rivalin, Ségolène Royal, sprach vom „Geist der Korruption im System Sarkozy“. Royal gilt allerdings derzeit als eine Außenseiterin.

Ansonsten dringen die Sozialisten vor allem auf eine sofortige Neubildung der Regierung durch den Staatschef, von dem sie eine „Klärung“ verlangen. „Die Situation wird schrecklich gerade zu einem Zeitpunkt, da wir eine Regierung brauchen, die die Wirtschaftskrise bewältigt“, mahnte Aubry am Dienstag. Überhaupt nicht eingreifen kann der laut Umfragen chancenreichste Gegner von Sarkozy für die nächsten Präsidentschaftswahl 2012: Dominique Strauss-Kahn, der als Präsident des Weltwährungsfonds amtiert, und dem selber die Aura eines „Kumpel der Reichen“ nachhängt.